

schulungswilligen Privatbesitzer wegen der Aufwertung halten können. Bei der Wiederherstellung der hypothekarischen Belastung der landwirtschaftlichen Grundstücke würde nur zu berücksichtigen sein die Belastung, die die Landwirtschaft durch das Rentenamtgesetz erfahren hat.

Den Weg zu einer solchen Lösung hat freilich die dritte Steuernverordnung zum Teil dadurch verbaut, daß sie die Mietsteuer eingeführt und deren Erträge den Ländern und Gemeinden, die nun nicht mehr darauf verzichten wollen und können, zugewiesen hat. Die Mietsteuer beruht mit auf dem Gedanken, daß der Grundbesitz durch die Wirkung der Inflation entschuldigt ist und daß er, weil die entwerteten Hypotheken nicht in hohem Umfang zugunsten der Hypothekengläubiger wiederhergestellt werden, eine Belastung zugunsten der Allgemeinheit ertragen kann. Aber man hätte den Mittel, die aus der Mietsteuer gewonnen werden, lediglich für den Zweck verwenden sollen, das Reich in den Stand zu setzen, eine neue Anleihe zu veranlassen, deren Erlöse in der oben dargelegten Weise an die Betroffenen zu werden, die durch die völlige Entwertung der alten Anleihen geschädigt sind.

Es ist wiederholt der Wunsch geäußert worden, daß die Schäden der Inflation hingenommen werden müßten, wie die durch ein Naturereignis, etwa ein Erdbeben, verursachten Schäden. Aber mit diesem Wunsch verbinden sich die Aufwertungsinteressen nicht abweisen. Es liegt nicht allein ein Unglück vor, sondern auch das Reich hat eine schwere Schuld auf sich geladen. Zuerst die Schuld, daß der ausichtslose Krieg gegen eine Welt von Feinden zu spät abgebrochen worden ist. Dann aber die Schuld, daß einerseits die brutale Sach „Mark gleich Wert“, der die Gläubiger nötigte, sich ihre Forderungen in Papiermark zum Nennwert kaufen zu lassen, mit unerbittlicher Konsequenz durchgeführt worden ist, daß aber andererseits das Reich diese Papiermark fortgesetzt weiter entwertet hat, indem es keine Ausgaben in immer größerem Maße nicht aus regulären Einnahmequellen, sondern durch Druck neuer Noten deckte. Diese Wirtschaft hat ihren Anfang nicht etwa erst im neuen System genommen, sondern unter der kaiserlichen Regierung. Der kaiserliche Staatssekretär der Finanzen Dr. Fischer war es, der im Reichstag ganz offen aus sprach, daß der Krieg durch Anleihen und durch Notendruck finanziert. Als im November 1918 der Zusammenbruch erfolgte, war der Notenumlauf der Reichsbank von 4 Milliarden im Juli 1919 bereits auf 14,4 Milliarden gestiegen. Außerdem waren während des Krieges noch 8,5 Milliarden Darlehenslasten in Verkehr geblieben. Wenn die deutsche Mark damals an der Börse gegenüber den fremden Noten mit der Hälfte ihres ursprünglichen Wertes notiert wurde, so entsprach das in keiner Weise dem inneren Werte der Mark. Die Notierung war nur darauf zu erklären, daß die Anleiher fremder Noten nur in sehr geringem Maße getilgt wurden weil ja Geld mit dem Geld zunächst nicht abgetilgt werden konnten. Hat also die Republik nicht etwa erst die Währung zerbrochen, so hätte auf die Regierung der Nachkriegszeit der schwere Vorwurf, daß sie an die Schaffung einer neuen Währung erst gingen, als die alte Mark völlig zusammengebrochen war. Mindestens aber hätte man viel früher dazu übersehen müssen, unter Berufung mit dem Sach „Mark gleich Wert“ die Rechnung in Gold wiederherzustellen, wie das einerseits für das Steuerwesen, andererseits für die Besoldungen Anfang 1922 durch die demokratische Partei gefordert wurde. Der damalige Finanzminister Hermes, der man als den Inflationsminister bezeichnen kann, lehnte diese Forderung als angeblich unüberführbar ab. Angesichts der schweren Schuld, die hierdurch die Regierungen der Krieges- und Nachkriegszeit auf sich geladen haben, besteht eine Pflicht des Reiches, das durch den Sach „Mark gleich Wert“ geschaffene ungeheure Unrecht *gleich* so weit wie möglich wieder aufzuheben (Wiedergutmachung sollte es heißen, nicht „Aufwertung“) als es im Bereich der Möglichkeit liegt. Dieser Verpflichtung werden die Aufwertungsgehalte mit ihrer verschiedenen Behandlung der einzelnen Gläubigerarten und ihrer Tendenz der Schonung derer, denen der Unrechtsfall „Mark gleich Wert“ zugute gekommen ist, keineswegs gerecht.

**Neue Einfuhrverbote Polens für deutsche Waren.**

Breslau, 12. Juli. Der Wirtschaftsausschuss des polnischen Ministerrats hat heute durch eine amtliche Bekanntmachung im „Dziennik Ustaw“ die Liste der Waren, deren Einfuhr aus Deutschland verboten ist, um rund 30 Positionen erweitert. Danach ist vor allem die Einfuhr von elektrischen Maschinen, von Chemikalien und anderen industriellen Bedarfsartikeln gesperrt. Es sollen durch diese Verordnung Einfuhrwerte von jährlich rund 100 Millionen Mark erfaßt werden.

**Keine Erhöhung der Beamtengehälter.**

Der Reichszentralrat empfing im Beisein des Reichsfinanzministers und des Reichsinnenministers gestern die Vertreter der Beamtenorganisationen, die eingehend die wirtschaftliche Notlage der Beamtenschaft, insbesondere der unteren Gruppen, darlegten. Sie baten daher, mit möglichst hoher Beschleunigung noch vor Verabschiedung des Haushaltsplans eine Erhöhung der Beamtenbezüge vorzunehmen. Nach eingehender Aussprache erklärte der Reichszentralrat, daß die Reichsregierung zurzeit leider nicht die Möglichkeit sehe, eine Erhöhung der Beamtenbezüge in Aussicht zu stellen, daß aber das Besoldungsproblem der Gegenstand dauernder Fürsorge der Reichsregierung bleiben werde.

**Ein deutsch-französisches Saarabkommen.**

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben in letzter Stunde noch zu einem Ergebnis geführt, wenngleich es den Delegationen nicht gelungen ist, auch nur ein Handelsprovisorium zustande zu bringen. Neben den Handelsvertragsverhandlungen stand im Vordergrund die Beratung über die Wirtschaftsfrage des Saargebietes. Hierin ist man sich nach schwierigen Verhandlungen im Wesentlichen zu einer Einigung gekommen. Das Abkommen, das der schwierigen Wirtschaftsfrage des Saargebietes gerecht wird, ist am Sonnabend Abend vom deutschen Botschafter in Paris und dem Führer der deutschen Handelsdelegation, Staatssekretär Trendelenburg, sowie französischerseits von den Ministern Briand und Chaumet unterzeichnet worden. Der französische Senat und die Kammer sind in Beratungen über das Abkommen eingetreten und werden das Abkommen noch

vor den Sommerferien ratifizieren. Ebenso dürfte der Reichstag, noch ehe er auseinandergeht, sich mit dem Saarabkommen beschäftigen und ihm auch seinerseits seine Zustimmung geben. Der Führer der deutschen Delegation in Paris, Staatssekretär Trendelenburg, ist am gestrigen Sonntag in Berlin eingetroffen und hat inzwischen dem Auswärtigen Amt Bericht erstattet. Auch das Reichskabinett wird sich mit dem Abkommen beschäftigen; es sind bereits Vorbesprechungen zwischen dem Reichszentralrat und den Ressortministern vorausgegangen. Am 15. September werden die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen.

**Callaux Senator.**

Paris, 12. Juli. Joseph Callaux wurde heute im Département Sarthe mit 841 Stimmen zum Senator gewählt. 98 Stimmen waren gesplittet. Das Ereignis wurde dem Finanzminister durch einen schweren Unfall seiner Frau getrübt, der eine sofortige Operation nötig machte.

Frau Callaux fuhr mit einem Wagen, den sie selbst steuerte, 25 Kilometer vor Angers gegen einen Baum und erlitt zahlreiche Verletzungen, die eine sofortige Operation notwendig machten. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

**England im fernen Osten isoliert.**

Tokio, 11. Juli. Das Blatt „Nishi-Nishi“ sagt in einem Artikel, der sich mit der englischen Politik im fernen Osten befaßt, der Versuch Amerikas, Großbritannien bei der Einberufung der Mächte zu einer Konferenz über China zuzubringen, zeuge von einer Geringschätzung gegenüber Großbritannien und beweise daß Großbritannien, seitdem das englisch-japanische Bündnis nicht mehr bestehe, im fernen Osten isoliert sei. Großbritannien werde daher entweder seine Beziehungen zu Amerika regeln oder seine früheren Beziehungen zu Japan teilweise wiederherstellen oder schließlich einen Mittelweg einschlagen müssen. Die Lage sei für England wie für Japan beiseit und ernst. Japan könne sich jedoch über den von ihm zweckmäßigerweise eingeschlagenen Weg erst dann entscheiden, wenn über Großbritannien und seine Absichten Klarheit gewonnen worden sei.

Die „Witter“, „Ipsichimo“ und „Domturi“ schreiben die Abhaltung der in dem Washingtoner Abkommen vorgesehenen Teilkonferenz würde zurzeit zweifellos sein. Das letztere Blatt behauptet, daß der diplomatische Ausschuss in Peking sich dafür ausgesprochen hat, daß gewisse britische Beamte in Shanghai bestraft werden sollten. Dies werde als ein Beweis für die Uneinigkeit der Mächte gelten. Das Blatt meint, England und Japan sollten die diplomatische Körperschaft auffordern, diese Entschädigung sobald wie möglich zurückzugeben.

**Ueberfälle der Chinesen auf Missionare.**

Peking, 12. Juli. Die britischen Behörden haben die britischen Untertanen in der Provinz Schensuan aufgefordert, diese Provinz zu verlassen. Kantonfeldaten haben am 9. d. M. die Mission Wulingju überfallen und einen Missionar und zwei Missionarinnen durch Schläge und Wassertrichter verletzt. Die übrigen Missionare flüchteten nach Swatow, wo sie völlig erschöpft ankamen. Der britische Konsul in Swatow hat die Bestrafung der Schuldigen, Schadenersatz und Entschädigung der zuständigen Behörden verlangt.

Der in Shanghai kommandierende General Tchang-Tsching hat eine Proklamation erlassen, in der er betont, der Streik läge der chinesischen Sache großen Schaden zu. Er verlangt deshalb, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde, solange die Verhandlungen mit den Mächten noch schweben. Wie Nichtbefolgung dieses Befehls bestraft er mit hohen Strafen. Die Streikleitung ist bereits aufgelöst.

**Unterzeichnung des französisch-spanischen Abkommens. — Keine Einmischung Englands.**

Die spanische Presse veröffentlicht eine offizielle Note, die die Unterzeichnung des französisch-spanischen Abkommens ankündigt.

Neuer erzählt, daß die britische Antwort auf das spanische Ersuchen um Intervention in Marokko anscheinend keine erhebliche Änderung in der Lage herbeiführen. Die Antwort mache klar, daß die britische Regierung keine Aktion zu unternehmen wünsche, die als Verletzung der Neutralität der Tangersonne angesehen werden könnte. Die Realität der Tangersonne liegt darin, daß die Tangersonne sich in irgendwelcher unmittelbaren Gefahr befinde.

Paris, 12. Juni. „Journal“ äußert sich über die gestrige Unterhaltung zwischen Außenminister Briand und dem Abgeordneten Wahlbich wie folgt: Das erste Ergebnis des französisch-spanischen Abkommens wird die Bekanntgabe der Friedensbedingungen an Abd el Krim sein, die unverzüglich erfolgen wird; ein spanischer Delegierter wird sich an Bord der Zucht des Rebesers Schevartea, des spanischen Vermittlers zwischen Spanien und dem Rif-Führer, nach Agadir begeben. Die Friedensbedingungen, die als gemeinsame Vorschläge Spaniens und Frankreichs überreicht werden sollen, werden klar zum Ausdruck bringen, daß die Aktionen der beiden Länder eng miteinander verbunden sind, und daß davon keine Rede sein könne, einen der beiden Länder allein Genugtuung zu geben. Das Abkommen von Madrid sieht natürlich vor, daß beide der Fall der Ablehnung der Friedensbedingungen für beide Länder kraftvoll den Krieg weiterführen würden. Doch scheint es sich nicht mit den Modalitäten, die die militärische Zusammenarbeit beider Länder erfordere, zu befassen. Das ist jedoch bei weitem der wichtigste Punkt, der geregelt werden muß, besonders wenn man erwägt, daß die Abd el Krim zu machenden Vorschläge beträchtliche Rückwirkungen auf die Stämme haben könnten.

**Grundsteinlegung für das Abstimmungsdenkmal in Allenstein.**

Allesstein, 12. Juli. Heute nachmittag ist die Grundsteinlegung des Abstimmungsdenkmals feierlich vollzogen worden. Erschienen waren als Vertreter der Reichsregierung Ministerialdirektor Lammann, der preussische Kultusminister Dr. Beder, Oberpräsident der Rheinprovinz Buchs, Oberpräsident Siehr, Oberbürgermeister Juelsch und der Vertreter der heimattreuen Vereine.

In den Grundstein des Abstimmungsdenkmals wurde folgende Urkunde eingeschmitten: „Urkunde für den Grundstein des Abstimmungsdenkmals. Am 11. Juli 1920 haben auf Grund des dem deutschen Volke ausgesetzten Schandvertrages von Versailles die Bewohner des Abstimmungsgebietes Allenstein, bestehend aus den elf Kreisen: Allenstein Stadt und Land, Bissel, Osterode, Reidenburg, Orlowitz, Sensburg, Johannishöhe, Adken, Oph und Orleto sich mit 888 209 Stimmen gegen 7980 polnische Stimmen für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden. Die Wäsuren und Grenzländer haben damit ein überwältigendes Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt. Des zum Gedächtnis ist am fünften Gedenktage der Abstimmung der Grundstein gelegt worden zu diesem Denkmal, das späteren Geschlechtern jüden soll, daß Süd-Ostpreußen deutsch ist und deutsch bleibt für alle Zeit.“

Der Ostpreussische Heimatsdienst Allenstein, der die Abstimmung im deutschen Sinne vorbereitet und geleitet hat, der die 1048 Heimattreuen im Abstimmungsgebiet ins Leben gerufen und im Marschen- und Ermächtigungsbund zusammengefaßt hat, ersucht dieses Denkmal aus Spenden der elf Abstimmungskreise, von Bewohnern des Abstimmungsgebietes und Heimattreuen im Reich, die den Abstimmungssieg miterlebt haben.

Allesstein, den 12. Juli 1926.  
gez. Dr. Warff, Worgelski, W. Gunt, Berthold, Diebalt, Rarl Denehl, H. Schier, V.

Der Leiter des ostpreussischen Heimatsdienstes vollzog die ersten Hammerschläge und sprach folgende Worte: „Als am 11. Juli 1920 die Bewohner des Abstimmungsgebietes Allenstein Mann für Mann und mit ihnen die 150 000 Heimattreuen den Kettel mit der Aufschrift „Ostpreußen“ in die Wahlurne legten, da retteten wir uns vor fremder Anmaßung für unser deutsches Vaterland, für unsere deutsche Volksgemeinschaft. Darum soll zum Gedächtnis dieses Tages an diesen Stein sich das Fund der elf Säulen wichtig emporreden als Mahnmal unserer geliebten Heimat, als Mahnmal unseres heiligen Vaterlandes, als Mahnmal unseres deutschen Volkstums.“

An den Reichspräsidenten wurde folgendes Telegramm abgefaßt: „Tausende zur Feier des fünften Gedenktages der Abstimmung versammelten dem erwählten Führer des deutschen Volkes ehrerbietigen Gruß. Was wir am 11. Juli 1920 bekannnten, gilt heute und immer: Wir sind deutsch und bleiben deutsch. Nur als Mitglieder des Deutschen Reiches erscheint uns das Leben lebenswert.“

Der Reichspräsident antwortete: „Derlichen Dank für Treueglauben und freundliches Weingedenken. Gindenburg.“

**10. Kommunistischer Parteitag.**

Berlin, 12. Juli. Heute wurde im Plenarsitzungs-saale des Preussischen Landtages durch den Führer der Deutschen Kommunistischen Partei, den Reichstagsabgeordneten Thalmann, der 10. Kommunistische Parteitag eröffnet. Zu Vorstehenden des Parteitages wurden die Abgeordneten Gesele-Berlin, Bies-Berlin und Witthoff-Samburg ernannt.

**Volle Friedensmiete im April.**

Reichsarbeitsminister Brauns hat im Steueranschuss des Reichstages wichtige Erklärungen über die Mietenaufwertung abgegeben, aus denen hervorgeht, daß der 1. April 1926 als Endtermin für die Erreichung der vollen Friedensmiete im ganzen Reich zu betrachten ist.

**Der Reichsjugendtag der demokratischen Jugend.**

Die Jungdemokraten rufen bereits eifrig für ihren blühenden allgemeinen Reichsjugendtag, der am 1. und 2. August in Altemburg (Thür.) stattfinden soll, auf. Der Reichsjugendtag soll unter dem Leitwort „Für den großdeutschen Volks- und Nationalstaat“ stehen. Er wird nicht nur jugendlichen und weiblichen Charakter haben, sondern er wird auch den ernstesten politischen Gestaltungswillen der demokratischen Jugendbewegung nach längerer Zeit erfolgreicher Arbeit im Stillen, wieder in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Folgende Veranstaltungen sind vorgesehen: Sonnabend, den 1. August, nachmittags 8 Uhr: Ordensfeier Bundestag. Abends 8 1/2 Uhr: Empfang im Altemburger Schlosshof zum Umgang durch die Stadt und zur Fackelzuggebung am Volkstisch. 10 Uhr abends: Großdeutsches Bekenntnis am Volkstisch und Weihe der Bundestafel. Sonntag, den 2. August: 10 1/2 Uhr findet im großen Saal des „Preussischen Hof“ in Altemburg die öffentliche politische Tagung im Rahmen des Jugendtages statt. Fünf Jungdemokraten werden kurze, programmatische Ansprachen halten. Nach dem einleitenden staatspolitischen Referat von Lemmer (Weimar) werden die (Sprachen: Dr. Julie Meyer (Münster), zur Kulturpolitik, Koch (Saarbrücken) zur Außenpolitik, während Winters (Berlin) das zusammenfassende Schlußreferat hält. Anmeldungen und Anfragen zum Reichsjugendtag sind zu richten an den Reichsjugendtag Deutscher Demokratischer Jugend, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18.

**Der italienische Rundflug.**

Rom, 11. Juli. „Popolo d'Italia“ berichtet, daß die Vorbereitungen für die italienischen Rundflüge Rom-Buenos Aires und Turin-Neapel dem Abschluß nahe sind und daß demnach von Neapel dem Abschluß nahe einen vorbereitenden Flug rund um Stalien antreten werde. Das italienische Luftschiff „Esperia“ wird in der nächsten Woche von Rom nach Tripolis fliegen.